

Brüssel, den 14.9.2023
C(2023) 6109 final

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 14.9.2023

über die Finanzierung einer Sondermaßnahme zugunsten Jemens für das Jahr 2023

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 14.9.2023

über die Finanzierung einer Sondermaßnahme zugunsten Jemens für das Jahr 2023

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012¹, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates², insbesondere auf Artikel 23 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Damit die Durchführung der Sondermaßnahme zugunsten Jemens für das Jahr 2023 gewährleistet werden kann, ist die Annahme eines jährlichen Finanzierungsbeschlusses erforderlich, der das Arbeitsprogramm für das Jahr 2023 darstellt. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 („Haushaltsordnung“) sind detaillierte Vorschriften für Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 AEUV³ erlassenen restriktiven Maßnahmen festgelegt sind.
- (3) Ziel der im Rahmen der Verordnung (EU) 2021/947 Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt zu finanzierenden Sondermaßnahme des geografischen Programms „Asien und Pazifik“ ist es, mit einem integrierten multisektoralen Entwicklungsinstrumentarium einen Beitrag zur Ernährungssicherheit in Jemen zu leisten. Es geht darum, humanitäre Maßnahmen mit der wirtschaftlichen Erholung zu verbinden, zum Aufbau von Resilienz beizutragen und die Kapazitäten wirtschaftlicher Institutionen bei der Gestaltung und Umsetzung politischer Maßnahmen zu stärken.
- (4) Die sozioökonomische Lage in Jemen ist nach wie vor von extremer Fragilität und Krisenanfälligkeit geprägt: Aufgrund des anhaltenden Konflikts und der

¹ ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

² ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 1.

³ www.sanctionsmap.eu. Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

Wirtschaftskrise wurde die menschliche Entwicklung in Jemen um Jahrzehnte zurückgeworfen, wurden Millionen Menschen vertrieben und die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung umgekehrt. In diesem Kontext war die Ausarbeitung eines neuen vorläufigen Mehrjahresprogrammierungsdokuments nicht möglich. Um dem Bedarf des Landes Rechnung tragen zu können, hat sich die Kommission daher für die Umsetzung von Sondermaßnahmen entschieden.

- (5) Die Maßnahme mit dem Titel „Integrierte Reaktion für Resilienz und Ernährungssicherheit in Jemen“ zielt darauf ab, die EU in den Mittelpunkt der Koordinierung der Verknüpfung von humanitärer Hilfe, Entwicklungshilfe und Friedensförderung zu stellen. Das übergeordnete Ziel besteht darin, nachhaltige Wege zur Resilienz für gefährdete Jemenitinnen und Jemeniten zu schaffen, die von anhaltender akuter Ernährungsunsicherheit und/oder Vertreibung betroffen sind.
- (6) Ziel der Maßnahme mit dem Titel „Förderung von Wegen zur wirtschaftlichen Erholung in Jemen“ ist es, mit einem zweigleisigen Ansatz zur nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung Jemens beizutragen: auf institutioneller Ebene durch Stärkung der institutionellen Kapazitäten wichtiger Wirtschaftsinstitutionen, was die Gestaltung und Umsetzung politischer Reformen zur wirtschaftlichen Erholung angeht, und auf bürgernaher Ebene durch Förderung der wirtschaftlichen Teilhabe von jungen Menschen und Frauen. Mit der Maßnahme sollen günstige Rahmenbedingungen für eine grüne Kreislaufwirtschaft geschaffen und Unternehmen beim Übergang zu einem umweltfreundlicheren und nachhaltigeren Geschäftsmodell unterstützt werden.
- (7) Die Finanzhilfen sollten ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden können und es sollten Bedingungen für die Gewährung dieser Finanzhilfen festgelegt werden.
- (8) Gemäß Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 2021/947 sind die Maßnahmen im Wege der indirekten Mittelverwaltung durchzuführen.
- (9) In Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, muss die Kommission sicherstellen, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 154 Absatz 3 der Haushaltsordnung vorgesehenen Maße geschützt werden.

Zu diesem Zweck sind die Systeme und Verfahren dieser Stellen und Personen nach Artikel 154 Absatz 4 der Haushaltsordnung⁴ zu bewerten und erforderlichenfalls nach Artikel 154 Absatz 5 der genannten Verordnung geeigneten Aufsichtsmaßnahmen zu unterziehen, bevor eine Beitragsvereinbarung unterzeichnet werden kann.
- (10) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Haushaltsordnung vorzusehen.
- (11) Im Interesse einer flexiblen Durchführung der Maßnahme sollten Änderungen zugelassen werden, die für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung nicht als substantiell anzusehen sind.
- (12) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme entspricht der Stellungnahme des gemäß Artikel 45 der Verordnung (EU) 2021/947 eingesetzten Ausschusses für das NDICI/Europa in der Welt —

⁴ Außer in Fällen gemäß Artikel 154 Absatz 6 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046, wonach die Kommission beschließen kann, keine Ex-ante-Bewertung zu verlangen.

BESCHLIEßT:

Artikel 1
Die Maßnahme

Der jährliche Finanzierungsbeschluss, der die Maßnahme zur Durchführung der Sondermaßnahme zugunsten Jemens für das Jahr 2023 darstellt, wird wie in den Anhängen dargelegt angenommen.

Folgende Maßnahmen sind vorgesehen:

- a) „Integrierte Reaktion für Resilienz und Ernährungssicherheit in Jemen“ gemäß Anhang I,
- b) „Förderung von Wegen zur wirtschaftlichen Erholung in Jemen“ gemäß Anhang II.

Artikel 2
Beitrag der Union

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung der Sondermaßnahme zugunsten Jemens für das Jahr 2023 beläuft sich auf 55 000 000 EUR und wird aus Mitteln finanziert, die unter der folgenden Haushaltslinie des Gesamthaushaltsplans der Union eingestellt wurden: 14.02.01.30 – NDICI – Naher Osten und Zentralasien.

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Artikel 3
Art des Haushaltsvollzugs und mit dem Vollzug betraute Einrichtungen oder Personen

Die Durchführung der Maßnahmen, bei denen nach Maßgabe der Anhänge die indirekte Mittelverwaltung zur Anwendung kommt, kann Stellen oder Personen übertragen werden, die unter Nummer 4.3.3 von Anhang I und unter den Nummern 4.3.2 und 4.3.3 von Anhang II genannt oder nach den dort aufgeführten Kriterien ausgewählt werden.

Artikel 4
Flexibilitätsklausel

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen von bis zu 10 000 000 EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, oder Änderungen⁵ der Mittelzuweisungen für einzelne Maßnahmen, die in der Summe 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen des Umsetzungszeitraums gelten nicht als substantiell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

⁵ Solche Änderungen können sich beispielsweise daraus ergeben, dass nach der Annahme des Finanzierungsbeschlusses zweckgebundene Einnahmen verfügbar werden.

Artikel 5
Finanzhilfen

Finanzhilfen können gemäß den in den Anhängen dargelegten Bedingungen ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden. Finanzhilfen können den gemäß Nummer 4.3.1 des Anhangs I und gemäß Anhang II ausgewählten Einrichtungen gewährt werden.

Brüssel, den 14.9.2023

Für die Kommission
Jutta URPILAINEN
Mitglied der Kommission